

Thüringen

Mitarbeit im ZenDIS

[07.06.2022] Als eines der ersten Bundesländer hat der Freistaat Thüringen seine Bereitschaft erklärt, mit dem Bund sowie anderen Ländern im Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) zu kooperieren und jüngst eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet.

Thüringen wird mit dem Bund und anderen Bundesländern im Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung, kurz ZenDiS, zusammenarbeiten. Wie das Thüringer Finanzministerium mitteilt, hat der Chief Information Officer (CIO) des Freistaats, Hartmut Schubert, dazu eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. „Damit ist Thüringen eines der ersten Länder, die sich auf den Weg machen, mehr Open Source in der Landesverwaltung einzusetzen“, so Schubert. „Unser Ziel ist es, bestehende Abhängigkeiten von proprietärer Software sowie mittel- bis langfristige Kosten zu reduzieren.“ Bund, Länder und Kommunen haben im Rahmen eines gemeinsamen Eckpunktepapiers beschlossen, die Digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu stärken. Ein zentrales Element ist die Diversifizierung und Schaffung von Alternativen zu herstellerabhängiger Software, um insbesondere durch europäische Lösungen und Open Source Software bestehende Abhängigkeiten von einzelnen großen Software-Herstellern aufzulösen. Aktuell fehlt der öffentlichen Verwaltung jedoch eine ebenenübergreifende organisatorische Einheit, welche die Verfügbarkeit leistungsfähiger und skalierbarer Open Source Software sicherstellt, diese an die Anforderungen der öffentlichen Verwaltung anpasst und deren Einführung beschleunigt. Das ZenDIS soll für Bund, Länder und Kommunen künftig diese zentrale Einheit darstellen und durch die übergreifende Koordination und Steuerung von Entwicklungsvorhaben auf Basis von Open Source Software eine deutliche Entlastung bieten, meldet das Finanzministerium. Beispielhaft lasse sich das am voraussichtlich ersten Projekt des ZenDiS – dem Souveränen Arbeitsplatz – verdeutlichen. Bis jetzt wird dieses Vorhaben vom Bundesinnenministerium und 15 Ländern gemeinsam mit dem IT-Dienstleister Dataport vorangetrieben.

(bw)

Stichwörter: Politik, Digitale Souveränität, Open Source, ZenDIS